

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union (Umwelt) in Brüssel am 20. Dezember 2018**

Am 20. Dezember 2018 fand die zweite formelle Ratstagung im Bereich „Umwelt“ unter österreichischem Vorsitz statt. Den Vorsitz führte Umweltministerin Elisabeth Köstinger. Die Europäische Kommission war durch die Kommissare Karmenu Vella (Umwelt), Miguel Arias Cañete (Klimaschutz) sowie Vytenis Andriukaitis (Gesundheit) vertreten.

Im Mittelpunkt der Tagesordnung des Rates standen die Kompromissfindung im Hinblick auf eine allgemeine Ausrichtung zu den CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen für LKWs und Busse (kurz „schwere Nutzfahrzeuge“), der Vorschlag für eine allgemeine partielle Ausrichtung zum EU-Förderprogramm für die Umwelt (LIFE) sowie ein erster Meinungs austausch betreffend die langfristige Strategie der EU zur Reduzierung von Treibhausgasen bis 2050.

Bei den CO<sub>2</sub>-Standards für schwere Nutzfahrzeuge konnte nach Vorlage mehrerer Kompromissvorschläge durch die österreichische Präsidentschaft der Rat schlussendlich eine allgemeine Ausrichtung zur erstmaligen Festlegung von CO<sub>2</sub>-Emissionszielen für diesen Sektor verabschieden. Die Einigung sieht eine durchschnittliche Beschränkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen für neue LKWs und Busse in der EU von 15 Prozent bis zum Jahr 2025 – verglichen mit dem Jahr 2019 – vor. Bis 2030 wurde eine Einigung bei 30 Prozent erzielt. Mit dieser Reduktion können allein bei LKWs und Bussen bis 2030 rund 54 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden. Aufgrund dieses Verhandlungserfolges wurde der Weg für einen raschen Eintritt in die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament frei. Damit kommt man auch dem

übergeordneten Ziel, der Erreichung der Ziele des Pariser Klima-Abkommens, einen Schritt näher.

Der Vorschlag der Präsidentschaft für eine allgemeine partielle Ausrichtung zur zukünftigen Ausgestaltung des EU-Förderprogramms für die Umwelt (LIFE) wurde einstimmig angenommen. LIFE ist das einzige Förderprogramm der EU, das sich ausschließlich Umwelt-, Klima- und Naturschutzprojekten widmet.

Die Kommission stellte beim Umweltrat auch erstmals ihre langfristige Vision für eine klimaneutrale Wirtschaft bis 2050 vor. In der anschließenden Orientierungsaussprache gewannen der Vorsitz und die Kommission erste inhaltliche Einschätzungen der Mitgliedsstaaten. Mit der Debatte wurde ein europaweiter Konsultationsprozess angestoßen.

Ratsvorsitzende Elisabeth Köstinger berichtete zudem über die Verhandlungserfolge, die unter österreichischem Vorsitz bei einer Reihe von Legislativdossiers erzielt wurden. Dazu zählen unter anderem das Verbot von Einwegkunststoffartikeln wie Wattestäbchen und Plastikbesteck sowie die Festlegung von ambitionierten CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge (Reduktionsziel von 37,5% bis 2030). Bei beiden Dossiers konnten in den Tagen vor dem Rat im Rahmen von Trilog-Verhandlungen politische Einigungen mit dem europäischen Parlament und der Kommission erzielt werden.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ wurde gemeinsam mit der Kommission und Polen über die herausfordernden und schlussendlich erfolgreichen Verhandlungen bei der Weltklimakonferenz (COP 24) in Kattowitz im Dezember 2018 berichtet, im Rahmen derer ein Regelbuch zur Umsetzung des Pariser-Klima Abkommens beschlossen werden konnte.

Gemeinsam mit der Kommission berichtete der Vorsitz auch über die wichtigsten Ergebnisse der Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt in Sharm El-Sheikh im November 2018. Die Präsidentschaft informierte zudem über die Ergebnisse des informellen Treffens der Umwelt- und Verkehrsministerinnen und -minister in Graz im Oktober 2018, insbesondere über die „Grazer Deklaration für saubere, sichere und leistbare Mobilität“, welche Vorschläge für Maßnahmen in fünf Schlüsselbereichen umfasst. Zudem wurde über den stattgefundenen Meinungsaustausch betreffend die zukünftige EU-Umweltpolitik mit Blick auf ein achttes Umweltaktionsprogramm informiert.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

21. Februar 2019

Elisabeth Köstinger  
Bundesministerin